



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage-Nr.: 2007/0566

Veranlasser / Verursacher

Datum: 19.04.2007

Aktenzeichen:

Antrag

Antrag der SPD-Fraktion vom 13.04.2007 gegen eine Veräußerung von Freizeit- und Erholungseinrichtungen des Eigenbetriebes Jugend- und Freizeiteinrichtungen des Landkreises Kassel

Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Ausschuss für Arbeit, Jugend, Frauen und Soziales	09.05.2007	9	öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	14.05.2007	22	öffentlich
Kreistag	16.05.2007	33	öffentlich

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Kassel lehnt die Veräußerung von Freizeit- und Erholungseinrichtungen des Eigenbetriebs Jugend- und Freizeiteinrichtungen ab.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Verhandlungen mit der Aufsichtsbehörde auch ohne die Erfüllung dieser Auflage eine Genehmigung des Kreishaushalts 2008 zu erreichen.

Begründung:

Die Haushaltsauflage des Regierungspräsidiums Kassel zur Veräußerung von Freizeit- und Erholungseinrichtungen, wenn marktübliche Konditionen zu erzielen sind, würde bei einer Umsetzung zu einem drastischen Abbau der sozialen Infrastruktur im Landkreis

führen. Die kreiseigenen Heime auf dem Sensenstein, In Sylt und Schönau sorgen mit dafür, dass Kinder, Familien, Senioren und Sportler kostengünstige Urlaube unternehmen können. Ein Verkauf der Heime würde mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht dazu führen, dass mit den Erlösen das jahresbezogene Defizit des Kreises auf Null reduziert werden könnte. Die sicherlich am leichtesten zu vermarktende Einrichtung Jugendseeheim Sylt nutzt der Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen im Wege des Erbbaurechts – eine Veräußerung ist somit ohne die Zustimmung der Grundstückseigentümer nicht möglich.

Die aufgrund der defizitären Haushaltslage von der Aufsichtsbehörde verlangten Auflagen werden von der SPD-Fraktion ernst genommen. Eine nüchterne Prüfung, wie und in welchem Umfang diese Auflagen realisiert werden können, ist daher auf jeden Fall erforderlich. Bei dieser Prüfung spielt allerdings auch die Einnahmeseite des Haushaltes eine entscheidende Rolle. Es kann nicht hingenommen werden, dass die vom Land Hessen verursachten Einnahmeausfälle im Kreishaushalt dazu führen, dass durch verschärfte Haushaltsauflagen in den Kern der kommunalen Selbstverwaltung eingegriffen wird.

Ulrike Gottschalck

Anlage/n:

Beschreibung
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.04.2007
Alternativantrag der FDP-Fraktion vom 14.04.2007
Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2007
Antrag aller Fraktionen vom 14.05.2007